

## Festvortrag von Ministerin Huml

### „Bezirke leisten enorm viel“

Das ehrgeizige Ziel, Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei zu machen, sei „kein schönes Versprechen, das nicht gehalten werden kann“, sagte Gesundheitsministerin Melanie Huml auf dem Bezirkstag in Altötting, aber in der Tat „eine Herkulesaufgabe und große Herausforderung“, weil die Barriere-Freiheit so vielgestaltig sei wie die vielen verschiedenen Behinderungen. Huml: „Auch wenn das Ziel komplex und nicht leicht zu erreichen ist, darf das für uns kein Grund sein, sich den notwendigen Anstrengungen nicht erst zu stellen.“

Das Ziel der UN-Konvention, Menschen mit Behinderungen nicht zu diskriminieren und ihnen alle Menschenrechte zu garantieren, bedeute konkret: Gleichberechtigung, Barriere-Freiheit, unabhängige Lebensführung, Zugang zu Bildung und Arbeitswelt, sowie Teilhabe am kulturellen Leben, an Erholung, Freizeit und Sport.

Die Ministerin erläuterte den im März 2013 vom Ministerrat beschlossenen Aktionsplan Bayerns. Dazu gehöre ein Bündel von Maßnahmen der Bewusstseinsbildung für die Achtung der Rechte, Würde und Fähigkeiten von Behinderten, ferner eine inklusive Bildung auf allen Ebenen und die Teilhabe am Arbeitsleben. Huml hob hier die Berufsbildungszentren hervor: „Da gilt den Bezirken mein besonderer Dank. Sie leisten hier Enormes, weil sie Menschen mit Behinderungen Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben aufzeigen – und das schon seit Jahrzehnten!“

Mit dem Aktionsplan verfolge die Staatsregierung das Ziel, behinderten Menschen möglichst auch im Alter „ein Leben in vertrauter Umgebung“ zu ermöglichen, sowie „der doppelten Diskriminierung von Mädchen und Frauen mit Behinderung mit Gewaltprävention wirksamer zu begegnen“. Die Eingliederungshilfe muss nach Ansicht von Ministerin Huml mit Kostenbeteiligung des Bundes „zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung“ weiterentwickelt werden.“ Auf einige Punkte des Aktionsplanes ging Huml näher ein: „Für besondere Krankheitsbilder müssen wir speziell ausgerüstete Fachbereiche vorhalten“, und dazu die baulichen und personellen Voraussetzungen schaffen.

Huml wandte sich dann der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu. Um behinderte Menschen aus der Sozialhilfe herauszuholen, werde an einem Bundesleistungsgesetz gearbeitet.

Diskutiert werde auch ein „Bundesteilhabegeld“ für erwachsene Berechtigte zur Eingliederungshilfe, um behinderten Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu erleichtern. Huml: „Wir wollen damit die Kommunen um rund 4 Milliarden Euro entlasten. Und da es in die Zuständigkeit des Bundes fällt, drängen wir unsere Koalitionspartner zu zügiger Umsetzung.“ *Hannes Burger*